



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/126

Berliner Wahlpräludien

=====

W.B., Berlin, 15. Oktober

Die letzte Entwicklung in Berlin hat die Spannungen abklingen lassen, die zwischen der SPD und der westlich orientierten CDU in letzter Zeit aufgetreten waren. Die Verlegung der Magistratssitzung in das Landesgesundheitsamt an der Grenze des russischen Sektors vom 13. Oktober bedeutet aller Wahrscheinlichkeit nach einen Abschluss der unwürdigen Zustände im Neuen Stadthaus und die Einleitung einer Reorganisation der zentralen Stadtverwaltung.

Die Kräfte in der CDU, die stärker als es bei Friedensburg und seinem Kreise der Fall ist, die Notwendigkeit einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit mit SPD und LDP erkannt haben, und die sich vor allem um Dr. Landsberg gruppieren, konnten sich erst in letzter Minute durchsetzen. Nur durch die Entschlossenheit der SPD, es unter Umständen auch zu einem Bruch kommen zu lassen, ist der Fall des kommunistischen Stadtrates Waldemar Schmidt dadurch geklärt worden, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für seine Abberufung erreicht wurde. Damit war die auf Verschleppung abgestellte Taktik Friedensburgs durchkreuzt. Diese Tendenz, Entscheidungen auszuweichen oder zu verzögern, war auch für seinen Entschluss massgebend gewesen, die bereits Anfang September beschlossene Wahlordnung bis Ende des Monats liegen zu lassen und sie nicht sogleich ordnungsgemäß an die vier Kommandanten weiterzulassen. Nun ist die Verschiebung des Wahltermins vom 14. November auf den 5. Dezember notwendig geworden, um die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen einhalten zu können.

Eine Änderung in der formellen Geschäftsführung des Berliner Magistrats vor den Neuwahlen wird wohl nicht mehr erforderlich sein. Immerhin besteht die Gefahr, dass Friedensburg und sein Anhang den Wahlkampf mit zweifelhaften Parolen führen werden. Es ist von dieser Seite das Stichwort dafür gefallen, indem Friedensburg selbst die CDU als alleinige konsistente Verfechterin der Einheit Berlins hinstellte und im "Tag", dem Blatt der westlich orientierten CDU, war die Rede davon, dass die CDU-Politiker auf ihrem Posten blieben, während andere sich dachten - eine ausgesprochen unfaire und unaufrichtige Behauptung. Es ist aber nicht anzunehmen, dass diese Art

von Argumenten auf die Bevölkerung besonderen Eindruck machen wird.

Bis jetzt liegt noch kein ausdrückliches Wahlverbot der russischen Zentralkommandantur vor. Man scheint weiter abwarten zu wollen, bis aus Paris endgültige Ergebnisse eintreffen. In Berlin hält man es für wahrscheinlich, dass es in Paris bei einer Verurteilung der russischen Massnahmen bleibt und dass die Blockade den Winter über andauern wird. In diesem Falle ist ziemlich sicher, dass die Wahlen nur in den Westsektoren durchgeführt werden können und dass die formelle Teilung der Stadt bis auf weiteres eine Tatsache sein wird, der man Rechnung zu tragen hat. Vermutlich wird sich die SEP scheuen, in den Westsektoren zu kandidieren. Sie wird wohl zum Boykott auffordern und dann hinterher diejenigen, die nicht gewählt haben, politisch für sich in Anspruch nehmen. Bei der Stimmung der Bevölkerung kann man jedoch trotz oder vielleicht gerade wegen der ausserordentlichen Schwierigkeiten materieller Art, die sich ergeben werden, mit einer hohen Wahlbeteiligung rechnen. In der SPD gläubt man, eine gute Chance zu haben, in diesem Falle allein eine knappe Mehrheit zu erzielen. Auf bürgerlicher Seite dürfte die LDP aufholen.

Warum stoppten die Alliierten vor Berlin?

sp. Winston Churchill behauptete in seiner "Atombomben-Rede" auf dem Parteitag der Konservativen, es wäre besser gewesen, die Westalliierten hätten Berlin und Prag genommen, was ihren Armeen möglich gewesen wäre. Ihre Truppen wurden jedoch auf Grund der Beschlüsse von Teheran und Jalta zum vorzeitigen Halt und sogar zur Wiederpreisgabe bereits besetzter deutscher Gebiete gezwungen.

William Bullitt, der ehemalige amerikanische Botschafter in Paris und Moskau, schiebt die alleinige Schuld für diese unglückseligen Vereinbarungen dem ehemaligen USA-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zu. Dieser habe schon 1941 begonnen, sich Stalins Wünschen zu beugen. Man habe ihn dringend geraten, Waffen- und Materiallieferungen im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes an Russland nur unter der Bedingung zu genehmigen, dass sich Stalin schriftlich verpflichte, die osteuropäischen Grenzen von 1939 zu respektieren und die Integrität des Fernen Ostens zu bewahren. Roosevelt lehnte jedoch mit der Begründung ab, dass schriftliche Vereinbarungen mit Stalin völlig wertlos seien. Er würde sie doch sofort brechen, wenn es ihm passen würde. Um den Westalliierten und nach Russland die Kontrolle über das Donau-Gebiet zu sichern, schlug Churchill einen Angriff von Triest oder vom Balkan aus vor, fand damit aber weder bei Roosevelt, noch bei Marshall Beifall.

Roosevelt wusste andererseits sehr wohl, dass er irgendeine wirksame Entgegnung auf den russischen Imperialismus finden müsse. Er sah sie darin, dass er Stalin gab, was dieser verlangte und ihn gleichseitig zu überreden versuchte, christliche Methoden und Prinzipien zu akzeptieren. Das Weisse Haus begann prosovjetiche Propaganda zu betreiben und entfernte, wie Bullitt erklärt, tüchtige und national eingestellte Beamte von ihren Posten, die diese prorussische Politik nicht mitmachen wollten. In Teheran liess sich Roosevelt wegen einer angeblichen Unpässlichkeit entschuldigen, als das verwickelte polnische Problem zur Beratung kam. Churchill wandte sich gegen den Vorschlag Stalins, Ostpolen bis zur Karpatenlinie an die Sowjetunion abzutreten und Polen dafür durch ostpolnisches Gebiet zu entschädigen. Da ihm die amerikanische Unterstützung fehlte, gab er schliesslich nach, obwohl ernachdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass diese Annektionen den Keim künftiger Kriege in sich tragen würden.

Für Roosevelts nachgiebige Haltung gegenüber Stalin ist nach späteren Aussagen seiner Frau vor allem seine Furcht vor einem Separatfrieden mit Hitler massgebend gewesen, ein Verdacht, den übrigens Stalin ebenso gegen Roosevelt hegte. (m/B65/1510/1/ho)

Was ist die Sowjetunion?

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die politische und soziale Struktur der Sowjetunion bildet heute das Gegenteil von dem, was 1917 in den Revolutionsdekreten deklariert worden war. Die sozialistischen Ziele, die Lenin in der Oktoberrevolution proklamierte, sind nicht realisiert worden. Der bolschewistische Staat hat seine ursprüngliche Richtung verlassen. In den 31 Jahren des Bestehens der Sowjetunion hat sich eine völlige Umwandlung ihrer Struktur vollzogen.

Die Grundelemente des Sozialismus - Freiheit, Gleichheit, Wohlstand - fehlen im heutigen Sowjetstaat. Bloße Übertragung allen Privatkapitals auf den Staat und der Übergang zur völligen Planwirtschaft hat nicht den Sozialismus geschaffen. Sozialisierung und Planwirtschaft sind Mittel zur Realisierung sozialistischer Ziele. In der Sowjetunion sind aber diese Mittel zur Realisierung anderer, nicht sozialistischer Ziele (Industrialisierung, Rüstung, Aufrechterhaltung der Diktatur, Entlohnung der Oberklasse) verwendet worden. Die Sowjetunion ist heute kein sozialistischer Staat.

Gleichzeitig ist die Sowjetunion auch kein kapitalistischer Staat. Sie befindet sich "jenseits des Kapitalismus". Ihre soziale und politische Struktur ist grundverschieden, sowohl vom Sozialismus, als auch vom Kapitalismus. Die Sowjetgesellschaft bildet eine neue ökonomische und soziale Kategorie, die man als totalitäre Staatswirtschaft bezeichnen kann.

Lenin versuchte 1917 mit der bolschewistischen Revolution in einem zurückgebliebenen Agrarland ohne entwickelte Industrie und gar zu ihr gehörenden industriellen Arbeiterklasse, also ohne die wichtigsten Voraussetzungen für den Sozialismus, dennoch den Aufbau eines sozialistischen Staates. Auf den utopischen Charakter dieses Versuchs haben damals besonders nachdrücklich die russischen Sozialdemokraten, die Menschewiki, hingewiesen. Das Beispiel des Bolschewismus zeigt, daß die ökonomischen Verhältnisse sich nicht völlig willkürlich prägen lassen. Die Macht der ökonomischen Verhältnisse hat das bolschewistische Experiment zu einem nichtsozialistischen Ergebnis gelenkt. Sie hat aber auch die kommunistischen Machthaber selbst umgewandelt. An unumschränkte Macht gewohnt, wollten sie nicht aufgeben. Sie opferten aber allmählich die meisten ihrer sozialistischen Prinzipien. Die kommunistische Parteidiktatur und die Verstaatlichung wurden beibehalten, der sozialistische Inhalt aber ist vollkommen abgebaut worden. / diese

Das bolschewistische Experiment ist beendet, ein neues Kapitel russischer Großmachtspolitik hat begonnen. Die Sowjetunion hat sich auf Kosten der Preisgabe der sozialistischen Prinzipien und der Arbeiterinteressen in ein technisch und organisatorisch starkes, mili-

taristisches Reich verwandelt. Sowjetischer Patriotismus und Pan-slawismus, aggressiver russischer Imperialismus, Verwendung der ausländischen Kommunisten als "russische Parteien" zur Unterstützung der sowjetischen Expansionsbestrebungen, Eroberung und Unterdrückung fremder Völker - das sind die wichtigsten Merkmale dieser Großmacht-politik, die auf den ideologischen Ruinen der völkerbefreienden Oktoberrevolution von 1917 heute zur rauhen Wirklichkeit geworden sind. Statt des Verkünders der sozialistischen Weltbefreiung ist ein die Freiheit der Menschheit bedrohender Machtfaktor entstanden.

Da die Kommunisten aus Tarnungs- und Traditionsgründen aber noch immer hartnäckig an der sozialistischen Phraseologie festhalten, ist die Sowjetunion heute in Wirklichkeit eine schwere Kompromittierung des Sozialismus. Die russische Entwicklung beweist, daß Sozialismus nur auf demokratischem Weg realisiert werden kann und daß die Gesellschaft nur dann sozialistisch sein kann, wenn sie demokratisch ist. Ohne Freiheit gibt es keinen Sozialismus! Den Sozialismus zu erkämpfen, ist die Aufgabe der demokratischen Sozialisten, welche ihre sozialistischen Prinzipien nicht aufgeben haben.

Warum der Bergarbeiter weniger fördert als 1936

Zu den Gesprächen Clay - Robertson im Ruhrgebiet

sp. Dem deutschen Bergmann wird vom Ausland vorgeworfen, daß er trotz aller Unterstützungen durch die Carepaket- und Fettaktion immer noch nicht die Menge Kohle fördere wie 1936. Die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press hat einen Zechendirektor, einen Zechenarzt, einen Gewerkschaftler und einen Politiker aus dem Ruhrgebiet nach den Gründen dieser Unterleistung gefragt.

Alle vier Befragten stimmten darin überein, daß die Überalterung der Bergleute einer der Hauptgründe sei. Der Zechendirektor wies darauf hin, daß heute 60 bis 70 v.H. der Bergleute bergfremde Leute seien, die auch nicht die Absicht hätten, im Bergbau länger als für sie notwendig zu bleiben. Der Zechen- und Knappschaftsarzt führte an, daß der Bergmann von 1948 immer noch im Durchschnitt 10 v.H. weniger wiegt als der von 1936. Bis vor einem Jahr hat das Untergewicht sogar 30 bis 40 v.H. betragen. Der jahrelang geschwächte Körper könne nicht die gleiche Arbeitsleistung vollbringen wie der gesunde Körper des Jahres 1936.

Der Gewerkschaftler machte geltend, der Bergbau leide immer noch an Materialmangel. Es fehle an Förderbändern, Motoren und sogar an Handwerkszeug. Die DKBL (Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung) hat eine tägliche Förderminderung durch Materialmangel in den Gruben von 8 bis 10 000 t errechnet. Diese Menge fehle gerade, um die erstrebte Tagesförderleistung von 300 000 t zu erreichen.

Das interessanteste Ergebnis dieser Rundfrage war jedoch, daß alle Befragten - außer dem Arzt - als wesentlichste Gründe für die

geringere Förderleistung des Bergmarnes politische Gründe angaben. Der Politiker - es war der CDU-Landtagsabgeordnete und stellvert. Bürgermeister von Bochum, Josef Schirpenbach, betonte die ungeklärte Eigentumsfrage. Der deutsche Bergmann wisse nicht, für wen er arbeite. Wenn er wüßte, daß die Bergwerke eindeutig in deutsche Hände übergeführt würden, würde das auch die Kohlenproduktion steigern.

Der Gewerkschaftler - August Schmidt, der 1. Vorsitzende des Industrieverbandes Bergbau - führte die Karolen linksradikaler Elemente unter den Bergleuten an, die da sagen: "Ihr arbeitet ja nur für den Amerikaner!" Die Sozialisierung würde die Zufriedenheit der Bergarbeiter herbeiführen und damit die Steigerung der Produktion.

Der Zehndirektor - Wilhelm Heinemann von der Zeche Constantia - sagte, der Abfall der Produktion sei im wesentlichen auf die politische Unsicherheit zurückzuführen. Alles spreche vom Kriege. Der Bergmann wisse nicht, für wen er arbeite. (B.50a/2/1610/hs)

Mysteriöse Affäre in Sachsen

sp. In den westsächsischen Industriestädten Meerane und Glauchau setzte die Deutsche Wirtschaftskommission - die de facto = Regierung der Ostzone - Ende Juni die neu errichtete sogenannte "Zentrale Kontrollkommission" (amtlich ZKK genannt) zur Überprüfung zahlreicher größerer Betriebe der örtlichen Textilindustrie an. Ende Juli schied man zu zahlreichen Verhaftungen, denen mehrere Industrielle und auch der der SED angehörende Leiter des Textilreferates in der sächsischen Regierung Kretzschmar zum Opfer fielen. Den Verhafteten wurden Wirtschaftsverbrechen zur Last gelegt, über deren Art und Umfang jedoch absolutes Stillschweigen bewahrt wurde. Der ersten Verhaftungswelle folgten in den nächsten Wochen in unregelmäßigen Abständen weitere Festnahmen, die sich meist nachts im Zusammenhang mit Hausdurchsuchungen vollzogen. Ende August nahm die ZKK schließlich den Meeraner Bürgermeister Gentsch und seinen Stellvertreter fest. Gegen sie wurde der Vorwurf der Wirtschaftssabotage erhoben. Diese Aktion erregte, da sich Gentsch als alter SPD-Funktionär des Vertrauens sämtlicher Parteien und der Masse der Meeraner Bevölkerung erfreute, örtlich großes Aufsehen und rief erhebliche Unruhe, insbesondere unter der Arbeiterschaft, hervor.

Zuvor schon hatte der unter fragwürdigen Umständen erfolgte Selbstmord eines Abteilungsleiters im sächsischen Wirtschaftsministerium die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Meerane und Glauchau gelenkt. Der in weiten Kreisen der Bevölkerung gehegte Verdacht, daß die Tätigkeit der Berliner Kommission außergesetzlichen Zielen diene, wurde verstärkt, als Anfang September mit dem Leiter der Anwaltschaft in Glauchau, Grossmann, der örtliche Vertreter der Staatsanwaltschaft seinen Posten aufgab und in die Westsektoren von Berlin floh.

Trotz aller dieser Vorkommnisse schwieg die DWK zunächst. Erst Mitte September deckte sie die Karten auf: Man veranstaltete auf dem Meeraner Marktplatz und anschließend auch in Glauchau Protestkundgebungen, auf denen der 2. Vorsitzende des kommunistischen Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Bernhard Göring, über die angeblich festgestellten Verschiebungen von großen Mengen an Textilien aller Art berichtete. Den Wert der verschobenen Waren bezifferte Göring auf fast 10 Millionen DM. Es sei der größte bisherige Fall von Wirtschaftssabotage in der Ostzone. Die in die Angelegenheit hineingezogenen leitenden Persönlichkeiten aus Verwaltung und Justiz wurden fast sämtlich als "Schumacherleute" und Agenten des Monopolkapitals bezeichnet und der Zusammenarbeit mit westlich orientierten Spionage- und Sabotageorganisationen beschuldigt.

Wenige Tage nach dieser Kundgebungen veröffentlichte die gesamte sowjetisch lizenzierte Presse einen langen Bericht der ZKK über die getroffenen Feststellungen, mit der Ergänzung, daß die Meeraner Bevölkerung die strenge Bestrafung und die entschädigungslose völlige Enteignung der Schuldigen gefordert habe. Es wird also in nächster Zeit mit der Durchführung großer Schauprozesse zu rechnen sein, deren Folge die Enteignung der bisher noch in Privatbesitz verbliebenen größeren Betriebe der Textilindustrie des Glauchau-Meeraner Bezirkes sein wird. Dies scheint aber überhaupt das Ziel der ganzen Aktion der ZKK gewesen zu sein, von der das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" dieser Tage schrieb: "Meerane ist erst ein bescheidener Anfang". Die Richtigkeit der Beschuldigungen muß angezweifelt werden, weil man nicht gut annehmen kann, daß Mißstände von solchem Ausmaß den verantwortlichen Regierungsstellen in Berlin und in Dresden solange verborgen bleiben. Zur Verschleierung hat man jedenfalls einige hohe Regierungsbeamte muntot gemacht oder Selbstmord verüben lassen. Damit erhöhen sich die Verdachtsgründe, daß die ganze Aktion lediglich der "Legalisierung" einer neuen Enteignungswelle dient.

Das Sonntags-Verbrechen

sp. Der Beschluß der Prager Regierung, auch für Tschechen in der Tschechoslowakei Zwangsarbeitslager einzurichten, ist wie der kommunistische Putsch vom Februar nur die logische Fortsetzung einer Politik, die im Sommer 1945 begann. Die Prager Regierung hat den Mut aufgebracht, offen zuzugeben, was die Welt schon lange wußte: daß die ganze Tschechoslowakei ein einziges Zwangsarbeitslager geworden ist. Das neue Gesetz gibt die Möglichkeit, auch den tschechischen Arbeiter unter dasselbe Ausnahmerecht wie den noch im Lande gelassenen Deutschen zu stellen. Dieses Ausnahmerecht basiert auf einem im Sommer 1945 von Benesch unterzeichneten Präsidialdekret (ein Parlament gab es damals noch nicht), das alle Personen deutscher Nationalität zwischen 10 und 60 Jahren betraf und u.a. bestimmte: "Die Ar-

beitszeit der zur Arbeit gezwungenen Personen beträgt für den ganzen Tag 12 Stunden, für den halben Tag 6 Stunden. Der Arbeitstag kann vom Arbeitgeber oder Aufseher im Einvernehmen mit dem Arbeitsschutzamt auf 15 Stunden verlängert werden".

Derartige Anordnungen und Gesetze erhalten blitzartig die wahre Situation in der Tschechoslowakei ebenso wie die Rede des Industrieministers Klement, der es als ein Verbrechen ansah, unter den jetzigen Umständen im Jahre 52 Sonntage, 52 Sonnabende, 20 Urlaubstage und 12 Festtage nicht arbeitend zu verbringen und mit lapidarer Prägnanz hinzufügte, daß man keinerlei Sabotage mehr dulden werde.

Sieht so der Endkampf gegen die kapitalistische Ausbeutung aus? Der tschechische Arbeiter wird allmählich gezwungen, selbst auf sein Familienleben zu verzichten, denn er wird Sonntag für Sonntag von der "Brigade" zu Sonderarbeiten "für den Aufbau" hergeholt, deren Nichterfüllung als "Verbrechen" bezeichnet wird. Da jeder Mensch ausruhen muß, fand der tschechische Arbeiter ein Ventil im unerlaubten Fernbleiben von der Arbeit (im Durchschnitt soll jeder tschechische Arbeiter 2 - 3 Tage im Monat "blau" machen, womit er sich aber noch nicht einmal die verlorenen Sonntage zurückholt). Als alle Mittel gegen diese selbstgewählten Arbeitspausen nichts fruchteten, weder Ministerreden noch Geldstrafen, verfiel man auf den Ausweg mit den Zwangsarbeitslagern nach sowjetischem Vorbild. In diese Lager müßte theoretisch jeder tschechische Arbeiter eingeliefert werden, denn niemand kann ohne die von Klement angefeindeten 52 Sonntage auskommen. Der menschliche Körper - auch der des tschechischen Arbeiters - braucht eben Ruhepausen. Gegen dieses natürliche Ruhebedürfnis sind nun die Konzentrationslager des Zweijahresplans gesetzt worden.

Es wird schwer sein, dem deutschen Arbeiter eine derartige Entwicklung als Fortschritt zu preisen. Selbst die 400.000 Volkspolizisten in der Ostzone, die ja den unter dem kapitalistischen Joch stöhnenden westdeutschen Arbeiter in Hamburg, München und an der Ruhr befreier soll, werden ihm nicht eindeutig klar machen können, daß eine der tschechoslowakischen Entwicklung parallel laufende in Deutschland seinem Glück und Wohlstand dienen würde und daß es erstrebenswert ist, anstelle von Sonntagen und Urlaubstagen zu einer Gratisaufenthalt in einem Zwangsarbeitslager eingeladen zu werden.

(B.14a/2/1510/hs)

Ein Wyschinski gleich einem Bevin

sp. In Paris floriert z.Z. ein lebhafter Handel mit Autogrammen namhafter Politiker, die an den UNO-Verhandlungen beteiligt sind. Ein Wyschinski wird so hoch bewertet wie ein Bevin und für je ein Autogramm der beiden bekommt man zwei des USA-Außenministers Marshall. Ein Marshall wird außerdem gegen drei Trygve Lie gehandelt, der Autogramm-Jägern zugänglicher ist als die übrigen Politiker.

(B.65/2/1510/hs)